



BERNER FREISINN

Bern	2-6	Porträt	10	Wahlen	16/17	Bürokratie	20/21
Jura bernois	7	DV (Forum)	15	Mix	18	Dossier Energie	22/23

33. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen Bern

Inhalt



Vom Unternehmer zum Bundesrat

Johann Schneider-Ammann ist unser Kopf des Jahres.

Seite 2

Volksabstimmungen

Grossrat Hans Baumberger und Nationalratskandidat Peter Haudenschild nehmen Stellung zu den Abstimmungsvorlagen vom 13. Februar.

Seiten 5 und 6

Conférence sur la santé

Plus de 80 personnes sont venue assister aux débats avec Christa Markwalder, Christine Beerli, Mario Annoni et André Piguet.

Page 7

85 Tage im Amt: Bundesrat Johann Schneider-Ammann zieht eine Zwischenbilanz

Nach 85 Tagen schaut Bundesrat Schneider-Ammann auf seine bisherige Amtszeit zurück: Auch 3 Monate nach seinem Amtsantritt ist der Freisinnige aus Langenthal überzeugt, die Schweiz müsse eine Chancengesellschaft sein.

Seite 13

Berner Ständeratswahlen vom 13. Februar

Christa Markwalder: die liberale Stimme für das «Stöckli»

Die politischen Neider aller gegnerischen Lager haben ein gemeinsames Ziel: Sie versuchen Christa Markwalder als «Euro-Turbo» abzustempeln und unterschlagen so bewusst, dass die 35-jährige Bernerin seit ihrem steilen Aufstieg auf die nationale Politbühne eine breite Palette unterschiedlicher Themen bearbeitet und einen beachtlichen Leistungsausweis auch neben der Aussenpolitik vorzuweisen hat. Mit dem Slogan «Klar, Fair, Verlässlich» reist sie derzeit durchs Bernbiet und belegt in ihren Auftritten eindrücklich, dass sie als liberale Stimme in den Ständerat gehört.

Christa Markwalder ist mit 35 Jahren das zweitjüngste Mitglied der freisinnigen Bundeshausfraktion. Geboren und aufgewachsen ist sie in Burgdorf. An den Universitäten Bern und Nijmegen (NL) studierte sie Rechtswissenschaften und allgemeine Ökologie. Zunächst arbeitete sie als Assistentin am Departement für Wirtschaftsrecht der Uni Bern und befasste sich hauptsächlich mit dem europäischen Verfassungsrecht. Seit 2008 arbeitet sie als Juristin bei Zurich Financial Services in Zürich.

Von 1999 bis zu ihrer Wahl in den Grossen Rat des Kantons Bern 2002 politisierte sie als Jungfreisinnige im



Christa Markwalder

Stadtparlament von Burgdorf. Nach nur eineinhalb Jahren im Kantonsparlament wurde sie in den Nationalrat gewählt. Seit 2003 gehört sie der Aussenpolitischen Kommission an, die sie zurzeit präsidiert. Als Mitglied der Rechtskommission setzt sie sich für ein modernes Aktienrecht, bürokratische Entlastungen für KMU und gegen unsinnige Regulierungen wie die geplante Kinderbetreuungs-Verord-

nung ein. Seit 2007 gehört sie zudem der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU) an. Sie präsidiert die parlamentarischen Gruppen für erneuerbare Energie sowie «Freiwilligenarbeit und Ehrenamt».

Im Interview mit Katrin Zumstein, Grossrätin und Präsidentin der FDP-Frauen, stellt sie sich auch kritischen Fragen: Seiten 3 und 4.

www.christa-markwalder.ch

Kopf des Jahres

Johann Schneider-Ammann: Vom Unternehmer zum Bundesrat

Mittwoch, 22. Dezember 2010 – der Tag sollte für den Kanton Bern und insbesondere die Stadt Langenthal zur ganz besonderen Bedeutung werden: Johann Schneider Ammann wird nach einem kurzen, intensiven, aber überaus fair geführten Wahlkampf in den Bundesrat gewählt. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte ihn im 5. Wahlgang mit 144 Stimmen deutlich vor dem Herausforderer der SVP, Jean-François Rime, der gerade mal 93 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Der Jubel unter den auf den Bundesplatz angereisten Berner Freisinnigen und Langenthalerinnen und Langenthalern war gross; es kam sogar zu einer spontanen Verbrüderung zwischen FDP- und SP-Vertretern, die ihrerseits die neue SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga feierten.

Johann Schneider-Ammann

Johann Schneider-Ammann ist zwar ein dezidiertes Freisinniger, aber sehr wohl über die Parteigrenzen hinaus in seinem Wohn- und Arbeitsort verankert. Das belegen die grossartige Wahlfeier eine Woche später und der einstimmig gefällte Beschluss des Stadtrates von Langenthal, ihm umgehend das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Tatsächlich war diese Ehrung von keiner Seite bestritten, sodass noch am gleichen Abend die offiziellen Feierlichkeiten stattfinden konnten.

Schneider-Ammann ist denn auch eine ausserordentliche Persönlichkeit, die sich mit vollem Engagement für eine Sache einsetzt. Der am 18. Februar 1952 geborene und in Sumiswald aufgewachsene Hannes besuchte das Gymnasium in Langenthal, studierte dann Elektrotechnik an der ETH Zürich und erwarb 1983 zusätzlich den MBA in Fontainebleau bei Paris. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits ins Maschinenbauunternehmen der Familie seiner Ehefrau Katharina eingetreten, ab 1990 wirkte er als Präsident der Ammann Group. Sein Einsatz für den



Johann Schneider-Ammann

Wirtschaftsstandort Bern ist mehrfach belegt: Er übernahm die Sanierung der Mikron Technology Group, machte in diversen bernischen Verwaltungsräten unter anderem der Swatch Group mit und präsidierte seit 1999 den Verband der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (Swissmem). Auch in dieser Funktion hatte

er stets den Werkplatz Schweiz im Fokus und strebte ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an.

Wie stark seine Bodenhaftung und seine Ausstrahlung als Patron eines Unternehmens mit 2800 Mitarbeitern (davon rund 1200 in Langenthal) ist, illustriert beispielsweise die alljähr-

lich für das ganze Personal stattfindende Weihnachtsfeier: Neben dem Chef erhält jeweils auch der Vertreter der Arbeitnehmer in der Personalkommission die Gelegenheit, vor den mehreren hundert geladenen Mitarbeitern auf das Jahr zurückzublicken. Der Auftritt wird regelmässig zu einer einzigen Lobrede an die Adresse der Unternehmensführung.

Die Anekdote illustriert nicht nur das gute Klima, das der Patron im Unternehmen kultiviert, sondern auch seine stete Sorge um die Arbeitsplätze in Langenthal, im Bernbiet, in der ganzen Schweiz. Die gegenwärtige Wechselkurssituation ist denn auch für ihn als Bundesrat und Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements eine harte Herausforderung.

Dazu kommt sein Interesse an der Landwirtschaft; die Sorgen der Bauern hatte er schon in seiner Kindheit als Sohn eines Tierarztes im Emmental etwas kennen gelernt. Allerdings ist die Agrarpolitik von heute eine ganz andere als jene vor 40 Jahren: Das internationale Umfeld verlangt Anpassungen und Reformen, die nicht mehr aufzuhalten sind. Schneider-Ammann, der weit gereiste und international tätige Unternehmer, weiss um die Wichtigkeit offener Grenzen für die Wirtschaft. Für ihn ist offensichtlich, dass im Verhältnis zur EU nur der bilaterale Weg möglich ist – zumindest heute. Und er ist sich bewusst: Die Schweiz kann nicht das beliebige Einwanderungsland sein. Was wiederum sein Interesse weckt an Freihandelsabkommen mit den neuen Wirtschaftsmächten China und Indien zur Förderung der Schweizer Exportwirtschaft – und damit der Arbeitsplätze.

Die Zuversicht in Langenthal, im ganzen Bernbiet und in der Schweiz ist gross, dass der Unternehmer Johann Schneider-Ammann im Bundesrat neue Akzente setzen wird, um das Land nicht nur wirtschaftlich weiter zu treiben.

Interview mit Christa Markwalder

«Der Ständerat ist eine intellektuelle Herausforderung»

Nationalrätin Christa Markwalder über ihre Kandidatur für den Ständerat, über den Kanton Bern, über ihre EU-Position, über ihre Frauenpolitik und über ihre politischen Konkurrenten.

Katrin Zumstein

Frau Markwalder, ist Ihnen langweilig geworden im Nationalrat?

Im Gegenteil. Die Arbeit im Nationalrat und insbesondere als Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission und als Mitglied der Rechtskommission ist höchst spannend. Ich bin aber überzeugt, dass der Kanton Bern wieder eine liberale und lösungsorientierte Stimme im Ständerat braucht. Deshalb kandidiere ich mit grosser Motivation für dieses Amt.

Was reizt Sie denn am Wechsel in den Ständerat?

Ich würde die Interessen der Berner Bevölkerung sehr gerne im Ständerat vertreten. Die Diskussionen im «Stöckli» sind sachlicher, mehr auf Lösungen ausgerichtet. Ich offeriere den Bernerinnen und Bernern eine echte Alternative, damit das parteipolitische Hickhack nicht auch noch im Ständerat dominiert.

In der Berner Zeitung äusserten Sie Bedenken wegen der zusätzlichen zeitlichen Belastung. Das war eine miserable Wahlempfehlung?

Aber nein. Ich habe lediglich gesagt, dass mich der Wahlkampf neben meinem Beruf, dem Kommissionspräsidium und der ausserparlamentarischen Aufgaben zusätzlich belastet. Die zeitliche Belastung für die parlamentarische Arbeit wäre nicht grösser, da ich bereits im Nationalrat in drei Kommissionen mitarbeite.

Der Nationalrat geniesst in der Öffentlichkeit mehr Beachtung als das Stöckli. Scheuen Sie das Rampenlicht?

Ich habe das Rampenlicht nie gescheut, musste mich zum Glück aber auch nicht darum bemühen.



Christa Markwalder (links) im Gespräch mit Katrin Zumstein.

Im Ständerat ist der Tonfall wesentlich gesitteter als in der Grossen Kammer. Haben Sie das laute Brüllen satt?

Der Ständerat ist eine intellektuelle Herausforderung: Die Debatten sind viel sachlicher und lösungsorientierter als im Nationalrat.

Eigentlich ist der Ständerat doch ein Gremium bestandener Herren. Was hat eine junge Politikerin dort verloren?

Nachdem mit dem 30-jährigen freisinnigen Neuenburger Raphaël Comte bereits die neue Generation im Ständerat eingezogen ist, wäre ich dort in guter Gesellschaft.

Was meinen Sie, könnten Sie im Ständerat besser bewirken als im Nationalrat?

Ich würde mein Engagement für mehr Arbeitsplätze, gesicherte Sozialwerke, den nationalen Zusammenhalt und eine solide Aussenpolitik im Ständerat fortsetzen. Als eines von 46 Mitgliedern hat man im Ständerat mehr Ein-

fluss als im Nationalrat, und gute und glaubwürdige Diskussionsbeiträge werden sehr geschätzt.

Der Ständerat ist eigentlich die Lobby-Organisation der Kantone. Engt das Ihre politische Arbeit nicht ein?

Nein, denn eine fortschrittliche und erfolgreiche Schweiz hat auch viel mit einem fortschrittlichen und erfolgreichen Kanton Bern zu tun.

Wie wollen Sie den Kanton Bern positionieren?

Der Kanton Bern bildet eine Brücke zwischen der Deutschschweiz und der Romandie. Mehr wirtschaftliche Dynamik und ein Sinn für rechtsstaatlich saubere Lösungen entsprechen unserem Kanton.

Sie haben sich im Nationalrat einen Namen gemacht als Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission. Wollen Sie diesen Einfluss wirklich preisgeben?

Es gibt immer zwei Seiten einer Medaille. Doch um den Kanton Bern im Ständerat vertreten zu können, bin ich auch bereit, das Präsidium der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats aufzugeben.

Als dezidierte Befürworterin eines EU-Beitritts stehen Sie zurzeit ziemlich im Regen. Ist Ihnen das bewusst? Natürlich wird von meinen politischen Gegnern versucht, mich in eine einsame Ecke zu stellen. Dem ist aber nicht so: Ich habe mich nicht nur für mehr Mitsprache, sondern auch für alle bilateralen Verträge ausgesprochen. In den letzten sieben Jahren war ich europapolitisch stets auf der Seite der Mehrheit bei Volksabstimmungen.

Die EU erlebt eine massive Krise.

Dennoch wollen Sie dieser maroden Staatengemeinschaft beitreten?

Es geht mir nicht um Ideologie, sondern darum, dass die Schweiz ihre Interessen auch auf europäischer Ebene wahren kann. Heute sind wir immer auf Fürsprecher innerhalb der EU angewiesen. Die Folgen des starken Frankens und die Vernetzung unserer Volkswirtschaft führen uns vor Augen, dass wir alle im gleichen Boot sitzen.

Eine massive Mehrheit der Schweizer lehnt heute einen EU-Beitritt ab. Wie hoch schätzen Sie den Mini-Anteil an Befürwortern?

Gemäss Umfragen gibt es in etwa eine Dreiteilung in den Meinungen: ein Drittel ist für eine EU-Mitgliedschaft, ein Drittel dagegen, und ein Drittel findet es gut, wie es jetzt ist.

Ihr Festhalten an einem EU-Beitritt kostet Ihnen im ganzen bürgerlichen

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Lager Stimmen. Sind Sie sich dessen bewusst?

Es gibt in der Politik immer Situationen, in denen man mit klaren Positionen Stimmen verliert. Die Grundsatzfrage ist doch: Ist man glaubwürdig?

Meinen Sie wirklich, diese verlorenen Stimmen liessen sich im linken Lager kompensieren?

Ich hatte in der Vergangenheit immer wieder das Privileg, viele Panaschierstimmen zu erhalten. Dies werte ich als Vertrauensbeweis in eine ehrliche und faire Politik, die sich nicht an tagesaktuellen populären Strömungen orientiert.

Wie gross schätzen Sie Ihren Wähleranteil?

Da könnten wir auch Zinggiessen oder Elisabeth Tessier fragen – ich weiss es nicht.

Welches Wahlversprechen könnten Sie mir als Präsidentin der bernischen FDP-Frauen machen?

Dass ich mich selbstverständlich weiterhin für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik einsetze und dass die Gleichstellung von Frauen und Männern selbstverständlich wird.

Ist Frauenpolitik überhaupt noch ein Thema?

Frauen haben ihre eigenen Sensibilitäten mit Familie, Beruf und Politik. Diesen soll in den parteiinternen Frauengruppierungen entsprechend Rechnung getragen werden. Wir dürfen unsere Hände nicht in den Schoss legen, nur weil sich die Schweiz letztes Jahr mit einer Bundespräsidentin sowie mit einer Nationalrats- und Ständeratspräsidentin rühmen konnte. Dieses Jahr sind die Präsidien bis auf das Bundesratspräsidium wieder in Männerhand.

Das Thema Frauen in der Politik war bisher eindeutig eine Domäne der SP. Hat die FDP diesen Zug verpasst?

Nein, die FDP hatte die erste Bundesrätin und leistet am meisten für die Frauen, die sich mehrfach engagieren – auch in der Freiwilligenarbeit.



Christa Markwalder (links) im Gespräch mit Katrin Zumstein.

Was halten Sie von Ihrer Konkurrentin Ursula Wyss?

Ursula Wyss kenne ich seit mehr als 10 Jahren – sie hat sich ihren Aufstieg innerhalb der Fraktion erarbeitet und ist dabei den linken Grundsätzen treu geblieben, auch wenn sie sich im Rahmen der Ständeratskandidatur konziliant gegenüber der Mitte öffnet.

Und von Adrian Amstutz?

Adrian Amstutz ist ein treuer Parteisoldat der SVP und reicht als Vertreter der Lastwagen-Lobby zahlreiche Vorstösse ein, um seinem Mandat als Astag-Präsident gerecht zu werden. Sowohl Ursula Wyss wie Adrian Amstutz stehen ein für eine polarisierende Politik, die nicht auch noch in den Ständerat getragen werden soll.

Ist er wirklich der laute Polterer, wie er sich gegen aussen gibt?

Auch im Nationalrat poltert er gerne, das sind jedoch nicht die Töne, die im Ständerat gerne gehört werden. Der Ständerat gilt immer noch als die «Chambre de réflexion», wo die Lösungssuche über das Parteiprogramm gestellt wird.

Amstutz vertritt die harte Zürcher Linie der SVP – ein Erfolgsrezept?

Ich bin mir also nicht so sicher, ob Zürcher Statthalter als Vertreter des Standes Bern gerne gesehen werden.

Werden Sie ihn im zweiten Wahlgang unterstützen, falls Sie ausscheiden?

Niemand scheidet automatisch aus nach dem ersten Wahlgang. Ich bin überzeugt, dass sich die pragmatisch denkenden und lösungsorientierten Wählerinnen und Wähler weder Amstutz noch Wyss im Ständerat wünschen.

Am 13. Februar wird auch über die Waffeninitiative abgestimmt. Wie werden Sie stimmen?

Inhaltlich habe ich ein gewisses Verständnis für die Initiative, denn die leichte Verfügbarkeit von Schusswaffen in unserer Gesellschaft hat schon viel Leid angerichtet. Doch die Initiative bringt viel neue Bürokratie mit sich. Deshalb lehne ich den Umweg über die Initiative ab und setze mich lieber für ein konsequentes und unbürokratisches Waffengesetz ein.

In Ihrem Unterstützungskomitee ist auch Regierungsrätin Dora Andres – die Schützenpräsidentin. Sind Sie deshalb an Ihre Parole gebunden?

Mit Dora Andres habe ich während meines Engagements im Grosse Rat gut zusammengearbeitet. Inhaltliche Bindungen betreffend Abstimmungsparolen bestehen aber deshalb nicht.

Die letzte Berner FDP-Ständerätin war Christine Beerli. Ist sie ein Vorbild für Sie?

Christine Beerli ist für viele freisinnige Frauen zu Recht ein Vorbild. Sie hat ihren Weg gemacht von der Gemein-

depolitikerin bis zur Bundesratskandidatin. Mit einer einzigen Person ein Vorbild zu verbinden, fand ich nie hilfreich.

Beerli arbeitet jetzt fürs Rote Kreuz in Genf. Wäre das auch für Sie eine Zukunftsperspektive?

Ein humanitäres Engagement im internationalen Bereich kann ich mir auch einmal vorstellen. Mit meinem Einsatz für die Freiwilligenarbeit setze ich mich derzeit jedoch innerhalb der Schweiz für das wertvolle Bürgerengagement im sozialen, sportlichen und kulturellen Bereich ein.

Wie viel Zeit bleibt Ihnen in diesem Wahlkampf fürs Cello?

Leider im Moment nicht sehr viel. Das Frühlingskonzert des Orchestervereins Burgdorf werde ich als Zuhörerin geniessen.

Welche Stücke probt der Orchesterverein aktuell?

Werke von Mussorgsky, Dvorak und Grieg – ein wunderschönes Programm!

Wie viel Zeit bleibt Ihnen fürs Skifahren?

Die Skiwoche mit den britischen Parlamentariern hat mittlerweile eine 55-jährige Tradition: Dafür nehme ich gerne eine Woche Ferien. Als Präsidentin der Skigruppe der Bundesversammlung helfe ich aber auch andere Events mitorganisieren: wie z.B. ein Wochenende in Braunwald.

Sie haben kürzlich das Parlamentarier-Skirennen gewonnen. Zufall oder Können?

Vielleicht lag es an den neuen Ski.

War dieser Sieg ein Omen für die Ständeratswahl?

Der Sieg am Parlamentarier-Skirennen bei den Frauen hat mich gefreut. Hoffentlich war er ein gutes Omen!

Wie werden Sie feiern, wenn Sie gewählt werden?

Feiern werde ich mit all jenen, die meine Wahl unterstützt haben, ohnehin. Ich hoffe natürlich, dass wir den Einzug einer liberalen Vertreterin in den Ständerat feiern können. Das wäre wirklich schön!

Anreize zum Umsteigen

Das revidierte Motorfahrzeuggesetz will im Kanton Bern umweltfreundliche Personenwagen fördern.

Hans Baumberger

Der bernische Grosse Rat hat im November 2009 das revidierte Motorfahrzeugsteuergesetz, die Ecotax-Vorlage, mit überwältigendem Mehr verabschiedet. Mit diesem modernen Gesetz sollen künftig besonders energieeffiziente Personenwagen steuerlich begünstigt, ineffiziente Fahrzeuge hingegen mit einem Zuschlag belastet werden.

Die vom Grossen Rat des Kantons Bern beschlossene Gesetzesänderung hat ausdrücklich zum Ziel, durch marktwirtschaftliche, finanzielle Anreize einen möglichst umweltfreundlichen Fahrzeugpark zu fördern und vor allem die Käufer von Neuwagen für die ökologischen Aspekte der Mobilität zu sensibilisieren. Die Kernpunkte der Gesetzesrevision sind:

- Eine moderate Senkung der gewichtsabhängigen Steuer.

- Die Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer für neu zugelassene Fahrzeuge.

- Diese Gesetzesrevision ist mit einem steuerlichen Einnahmehausfall von zirka 20 Millionen Franken verbunden.

Gegen diese Gesetzesänderung ist der Volksvorschlag «Steuerliche Entlastung der Strassenfahrzeuge im Kanton Bern» eingereicht worden. Der Volksvorschlag sieht Folgendes vor:

- Eine massive Senkung der gewichtsabhängigen Steuer, mit welcher der Kanton Bern unter dem schweizerischen Mittel zu liegen käme.

- Eine bescheidene Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer für neu zugelassene Fahrzeuge, die diesen Namen eigentlich nicht verdient, mit einem stark reduzierten Bonus und ohne Malus.

- Der Volksvorschlag führt zu Einnahmeverlusten bei der Motorfahrzeugsteuer von zirka 120 Millionen Franken.

Der Volksvorschlag ist aus folgenden Gründen abzulehnen:

1) Eine Annahme des Volksvorschlages würde die Chance zunichte-



Hans Baumberger

machen würde, im Kanton Bern ein zukunftsgerichtetes umweltfreundliches Motorfahrzeugsteuergesetz einzuführen.

2) Ein Steuerausfall von 120 Mio. ist im Moment nicht verkraftbar, mit einer Rückkehr in die Schuldenwirtschaft ist zu rechnen.

JA zur Ecotax-Vorlage

Das neue Motorfahrzeugsteuergesetz des Grossen Rates sieht vor, durch marktwirtschaftliche Mechanismen und nicht durch Zwang die Neuwagenkäufer vermehrt auf die umwelttechnischen Aspekte der automobilen Mobilität zu sensibilisieren. Dass dies Anreize in einem gewissen (hohen) Ausmass benötigt, ist wissenschaftlich erwiesen.

Das neue Ecotax-Gesetz hat diese nötigen Anreize, der Volksvorschlag hat sie nur in einem wenig wirksamen Bereich.

Es wird behauptet, dass einige Halter auf starke 4x4-Fahrzeuge mit hohen Anhängelasten angewiesen seien. Das ist richtig. Richtig ist auch, dass es für diese Bedürfnisse eine Vielzahl von Modellen gibt, die nach dem neu-

en Gesetz keine Zuschläge auslösen würden. Die Anhängelast hängt nämlich nicht von der Motorisierung, sondern von der Fahrzeugkonstruktion ab.

Generell kann gesagt werden, dass es für jeden Verwendungsbereich Personenwagen gibt in den künftigen Effizienz-Kategorien A bis D – und zwar vom Sportwagen über den Offroader (auch mit Allradantrieb und hoher Anhängelast) bis zur Luxuslimousine.

Nein zum Volksvorschlag

Im Kanton Bern wurden in den letzten Jahren die Einkommens- und Vermögensteuern um rund 500 Mio. gesenkt. Von dieser Senkung hat die gesamte Bevölkerung profitieren können. Der Kanton Bern steht künftig vor grossen Herausforderungen:

- Die Initiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer würde einen Steuerausfall von 110 Mio. auslösen.

- Der Volksvorschlag zur Motorfahrzeugsteuer würde 120 Mio. kosten.

- Mit der neuen Spitalfinanzierung kommen ab 2012 jährlich zusätzliche Kosten von zirka 300 Mio. auf den Kanton zu.

- Die Nationalbank hat Bund und Kantone darüber informiert, «dass die Ausschüttungen für eine gewisse Zeit vollständig ausgesetzt werden müssen und später nur in reduziertem Umfang vorgenommen werden können». Für den Kanton Bern werden hier zirka 200 Millionen Franken pro Jahr ausfallen.

Die bernische Finanzdirektorin Beatrice Simon spricht im Finanzplan 2012–2014 ganz offen von der Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr in die Schuldenwirtschaft. Ohne harten Sparkurs ist diese Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen. Wir wollen keine griechischen oder portugiesischen Verhältnisse. Das Primat eines gesunden Staatshaushaltes und des weiteren Schuldenabbaus ist mit dem Volksvorschlag akut gefährdet.

Im Kanton Bern sind die Motorfahrzeugsteuern relativ hoch. Aber auch die Einkommenssteuer ist auf einem sehr hohen Niveau. Diese auf eine tiefere Ebene zu bringen, ist volkswirtschaftlich weitaus vordringlicher als die Senkung der Motorfahrzeugsteuer. Die Senkung der Motorfahrzeugsteuer unter das schweizerische Mittel bringt den Kanton Bern keinen einzigen Schritt weiter im interkantonalen Standortwettbewerb. Der Fokus muss auch in Zukunft auf dem weiteren Schuldenabbau liegen, um Reserven zu schaffen zu einer weiteren dringend nötigen Korrektur bei den Einkommenssteuern, von der die ganze Bevölkerung profitieren kann.

Am 13. Februar kommt die Vorlage zur Volksabstimmung. Die Delegiertenversammlung der FDP Kanton Bern hat mit 83 zu 42 Stimmen die Ja-Parole zur Ecotax-Vorlage des Grossen Rates beschlossen und den Volksvorschlag abgelehnt.

Hans Baumberger ist lic. oec. HSG, war Direktor bei Glas Trösch und ist seit 2008 für die FDP im Grossen Rat des Kantons Bern.

Bern soll nicht abseits stehen

Die Diskussion über ein neues Atomkraftwerk in Mühleberg ist politisch lanciert, am kommenden 13. Februar werden die Stimmberechtigten entscheiden.

Peter Haudenschild

Seit 1950 hat sich der Stromverbrauch in der Schweiz um das Sechsfache gesteigert, in den letzten zehn Jahren im Umfang von zwei Kernkraftwerken. Die Schweiz verbrauchte 2008 58,7 TWh. Dieser Verbrauch teilt sich wie folgt auf: 31 Prozent Privathaushalt, 61 Prozent Geschäftskunden (Industrie, Dienstleistung und Landwirtschaft), 8 Prozent auf den Verkehr. Die Verbrauchskurve wird auch bis 2050 trotz greifender Stromsparmassnahmen weiter nach oben zeigen. Das Bundesamt für Energie rechnet mit einem jährlichen Anstieg von 0,5 bis 2 Prozent. Für den steigenden Verbrauch gibt es unterschiedliche Gründe:

- Die Wohnbevölkerung der Schweiz wächst.
- Die Zahl der Elektrogeräte im Alltag nimmt zu.
- Der Bedarf an Wohnfläche pro Person wächst.
- Die Wirtschaft wächst.
- Massnahmen zur CO₂-Reduktion erhöhen den Strombedarf – z.B. durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder den Einsatz von Wärmepumpen.

Diesem Mehrverbrauch stehen gleichzeitig ein Rückgang der Stromproduktion und ein sich abzeichnender Rückgang bei den Importmöglichkeiten gegenüber. Ab 2020 gehen die Kernkraftwerke Beznau und Mühleberg altershalber vom Netz. Gleichzeitig laufen die Stromimport-Verträge mit Frankreich schrittweise aus. Es ist unwahrscheinlich, dass Frankreich und die EU Interesse haben werden, bei eigener Stromknappheit sich mit Verträgen an Lieferverpflichtungen für die Schweiz zu binden.

Die Schweiz steht heute schon mit der Stromproduktion vorbildlich da. Der Strommix garantiert eine hohe Versorgungssicherheit, ist umweltverträglich und wirtschaftlich. Er setzte sich 2008 folgendermassen zusammen:



Peter Haudenschild

- Wasserkraftwerke: 54,3 Prozent
- Nicht erneuerbare Stromproduktion (Kernkraft, Abfall): 43,7 Prozent
- Neue erneuerbare Energie: 2 Prozent

Zum Vergleich: In Österreich wird rund ein Drittel des Stroms aus Kohle, Öl und Gas erzeugt, in Deutschland sind es rund 60 Prozent und in Polen gar 98 Prozent.

Der Bundesrat hat seine Hausaufgaben gemacht und die Schweizer Energiepolitik neu ausgerichtet. Oberstes Ziel ist es, die bevorstehenden Engpässe durch frühzeitige Planung anzupacken und die Wettbewerbsfähigkeit und die Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern. Die Energiepolitik der Schweiz steht auf vier Säulen:

Energieeffizienz: Der Bundesrat betrachtet den sparsamen Verbrauch von Energie als wichtigste Massnahme gegen Versorgungsengpässe. Denn jede eingesparte Kilowattstunde ist billiger und umweltschonender als der Bau neuer Kraftwerke. Die Bevölkerung soll für den sparsamen Umgang mit Strom sensibilisiert werden.

Erneuerbare Energien: Wasserkraft soll als bedeutendste einheimische und erneuerbare Energie erhalten und ausgebaut werden. Der Anteil der übrigen erneuerbaren Energien – Wind, Sonne, Biomasse, Kleinwasserkraft, Geothermie (Erdwärme) – soll gefördert und erhöht werden. Mit der

kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) hat das Parlament im März 2007 ein Instrument geschaffen, das diese Technologien unterstützt.

Grosskraftwerke: Der Bundesrat hält fest: Energieeffizienzmassnahmen, der Erhalt der Wasserkraft und der Ausbau der übrigen erneuerbaren Energien allein reichen nicht, um die Stromversorgungslücke zu schliessen. Er befürwortet deshalb erstens – als Übergangslösung – den Bau von Gaskombikraftwerken. Zweitens spricht er sich ausdrücklich für den Ersatz der bestehenden oder den Neubau von Kernkraftwerken aus.

Energieausserpolitik: Die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit ist die vierte Säule der Energiestrategie des Bundesrats. Zurzeit ist die Schweiz daran, die Zusammenarbeit mit der EU im Energiebereich durch ein bilaterales Abkommen auf eine solide Basis zu stellen. Ein wichtiges Thema ist auch die Anbindung der Schweiz an den europäischen Handel mit CO₂-Zertifikaten.

Die FDP steht hinter dieser Energiepolitik. Fakt ist:

■ Alle Fördermassnahmen für Energieeffizienz und zur Förderung der erneuerbaren Energie reichen noch nicht aus, um die Stromlücke zu decken.

■ Fällt der Strommix aus erneuerbarer Energie und Grosskraftwerken weg, verteuert sich der Strom massiv, was die Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze in der Schweiz gefährdet.

Wenn ein neues Atomkraftwerk gebaut werden muss, soll der Kanton Bern nicht im Abseits stehen. Die BKW hat ein Gesuch eingereicht, um das Kraftwerk Mühleberg im Jahr 2020 durch ein Kernkraftwerk der neuesten Generation zu ersetzen. Dabei wird die Leistung von heute 373 Megawatt auf 1160 bis 1740 Megawatt gesteigert. Das neue Kraftwerk wird nicht mehr durch die Aare gekühlt, sondern durch einen modernen Hy-

bridkühlturm. Das Kraftwerk gliedert sich optisch gut in der Aaresenke ein und wird mehrheitlich durch die umliegende Bevölkerung akzeptiert. Die Rahmenbewilligung für den Bau eines Atomkraftwerkes erteilt der Bund. Das Rahmenbewilligungsverfahren sieht vor, dass die Kantone bei geplanten Kraftwerken Stellung nehmen können. Der Grosse Rat hat sich mit 91 zu 53 Stimmen bei 7 Enthaltungen deutlich für die Stellungnahme ausgesprochen, welche sich für den Bau eines Ersatzkraftwerkes ausspricht.

Nun haben die Stimmbürger das letzte Wort. Stimmen Sie am 13. Februar der Stellungnahme zu, leitet der Regierungsrat diese an die Bundesbehörden weiter. Bei einem Nein ist der Grossratsbeschluss hinfällig, und der Regierungsrat teilt der Bundesbehörde mit, dass der Kanton Bern nicht hinter dem Ersatz des Kernkraftwerkes Mühleberg steht. Die Stellungnahme des Kantons für die Bewilligung durch die Bundesbehörden ist zwar nicht bindend. Fällt sie aber negativ aus, ist es wahrscheinlich, dass Mühleberg nicht ersetzt wird. Damit entfällt jährlich eine Bruttowertschöpfung von 439 Mio., 1320 Arbeitsplätze, 117 Mio. Einkommen und 84 Mio. Steuern. Dazu kommen in der Bauphase einmalige Investitionen von 4 Milliarden Franken. Das ergibt eine Wertschöpfung für den Kanton Bern von 1,3 Milliarden Franken und während 10 Jahren von 1200 Arbeitsplätzen.

Leider werden Kernenergie und erneuerbare Energien heute fast dogmatisch gegeneinander ausgespielt. Während einer Übergangsfrist von vielleicht 30 Jahren, bis die erneuerbaren Energien das nötige Volumen erreicht haben werden, wird es wohl beide Energieformen brauchen.

Peter Haudenschild ist Holzbauunternehmer in Niederbipp und kandidiert auf der Liste der FDP für den Nationalrat.

Conférence sur la santé avec Christa Markwalder

Le mercredi 12 janvier 2011 à Reconvilier, le PLR Jura bernois a organisé une conférence sur «La santé dans le monde et dans le Jura bernois». L'invitée principale était la Conseillère nationale Christa Markwalder, notre candidate au Conseil des Etats. L'an-

cienne Conseillère aux Etats Christine Beerli, notre ancien Conseiller d'Etat Mario Annoni et le Dr. André Piguet, Conseiller de Ville de Moutier, ont également participé à cette conférence. Ce fut un véritable succès puisque plus de 80 personnes sont ve-

nues assister aux débats, dont la Présidente du PBD Jura bernois, qui soutient officiellement la candidature radicale au Conseil des Etats.

D'autre part, les deux candidats du PLR Jura bernois ont été désignés par l'assemblée générale extraordinaire

du parti qui a précédé la conférence. Dave von Kaenel (1971, Villeret) et Jean-Philippe Devaux (1963, La Neuveville) ont été désignés par l'assemblée à l'unanimité.

Quelques souvenirs pour celles et ceux qui ont loupé cet événement.



Le Président et le Secrétaire du PLR Jura bernois ouvrent l'assemblée au Midi à Reconvilier.



Une affluence des grands jours, plus de 80 personnes!



Les deux candidats au Conseil national désigné reçoivent un chocolat fabriqué à Courtelary pour leur donner des forces de notre région!



Nos deux candidats, Dave von Kaenel et Jean-Philippe Devaux.

Anzeige

EIN AKTUELLES BUCH:
Pierre Rom



**Die Schweiz
 - ein Sonderfall?**

Gedanken eines Freisinnigen über die Entstehungsgeschichte, die Politik und die Zukunft der Schweiz sowie über ihre Stellung in Europa und in der globalisierten Welt.

ISBN 3-9522105-2-8
 Aufl. Herbst 2010 212 Seiten
 PREIS Fr. 30.- + Versandkosten

Bezugsadresse:
 Eigenverlag P. Rom
 Schützenmauerweg 12
 3322 Urtenen-Schönbühl
 TF 031 859 07 35 pierre.rom@bluewin.ch